



Daniel Behruzi

Wettbewerbspakte und linke Betriebsratsopposition



Fallstudien in der
Automobilindustrie

1.4. Historische Vorläufer der heutigen Linksopposition bei Daimler

Sowohl das Daimler-Werk in Untertürkheim als auch das in Sindelfingen haben eine lange gewerkschaftliche Kampftradition, die bis in die Weimarer Republik zurückreicht. Anders als in Sindelfingen besteht in Untertürkheim aber eine starke Fragmentierung der betrieblichen Interessenvertretung. Es existiert eine einflussreiche linksoppositionelle Strömung, die auf eine gewisse historische Kontinuität zurückblicken kann. Unterschiedliche betriebspolitische Traditionen spielen hierbei eine Rolle. Deshalb soll an dieser Stelle zunächst ein cursorischer Blick auf die geschichtlichen Vorläufer der heutigen Linksopposition geworfen werden, bevor deren Neukonstituierung skizziert wird.

Zu Zeiten der Weimarer Republik waren die gewerkschaftlichen Traditionen im seit 1904 bestehenden Untertürkheimer Stammwerk naturgemäß stärker ausgeprägt als in der 1915 in dem 4.700 Einwohner zählenden Städtchen Sindelfingen gegründeten Fabrik (Ehrmann 1998: 57). Zwar wurde auch die Sindelfinger Belegschaft von der allgemeinen Radikalisierung der Arbeiterschaft nach Kriegsende erfasst und beteiligte sich 1919 an Lohnstreiks sowie im folgenden Jahr am Generalstreik gegen den Lohnsteuerabzug (Ehrmann 1998: 89, 98-99). Die politisch weitestgehende Aktion fand aber im August 1920 in Untertürkheim statt, wo Daimler-Arbeiter drei Geschützlafetten mit Schneidbrennern unbrauchbar machten, weil diese an „konterrevolutionäre“ Truppen im russischen Bürgerkrieg geliefert werden sollten (Bergmann 2007: 361). Regierung und Unternehmen reagierten brachial: Das Untertürkheimer Werk wurde auf Beschluss der Landesregierung für knapp vier Wochen geschlossen, danach wurden nur noch 4.200 der einst 14.000 Beschäftigten wieder eingestellt (Feldenkirchen 2005: 72). Ähnlich erging es kurz darauf der Sindelfinger Belegschaft, die 1922 infolge eines Streiks in Untertürkheim ausgesperrt und dabei von politisch radikalen Elementen gesäubert wurde (Ehrmann 1998: 103).

In den meisten Daimler-Fabriken hatten der sozialdemokratisch orientierte Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und seine Mitgliedsorganisation Deutscher Metallarbeiter-Verband (DMV) zwischen den Weltkriegen kaum Konkurrenz von christlichen oder den linksliberalen hirsch-dunckerschen Arbeiterorganisationen. So auch in Untertürkheim und Sindelfingen. Kommunisten hatten hingegen in beiden Werken erheblichen Einfluss. Im Untertürkheimer Arbeiterrat erreichten die Freien Gewerkschaften 1925 mit 18 von 20 Mandaten eine klare Mehrheit, die zur Hälfte aus KPD-Mitgliedern

bestand. 1929 gehörten 41,4 Prozent der Untertürkheimer Arbeiter dem DMV und weitere 7,2 Prozent anderen ADGB-Gewerkschaften an (Thieme 2004: 233-236).

Ab Mitte der 1920er Jahre schlug sich die politische Spaltung der Arbeiterbewegung auch in den Betrieben und Gewerkschaften nieder, was sich organisatorisch in der Gründung der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO)¹ durch die KPD ausdrückte.² Im Untertürkheimer Arbeiterrat kandidierte die RGO erstmals 1930 und erreichte fünf Sitze. Der DMV stellte mit neun Mandaten weiterhin die Mehrheit (Thieme 2004: 233-236). Die Spaltung der Arbeiterbewegung und das Nichtzustandekommen einer Aktionseinheit gegen den aufstrebenden Faschismus hatten gravierenden Anteil daran, die Machtergreifung der Nationalsozialisten zu ermöglichen (Kühnl 1993: 222-236, Seifert 1977: 192-193). Der betriebliche Einfluss der Faschisten war allerdings bis in die letzten Tage der Weimarer Republik gering, wie beispielsweise das Wahlergebnis zum Sindelfinger Arbeiterrat vom März 1933 dokumentierte. Bei der nach der Machtergreifung stattfindenden Abstimmung erreichte die Nationalsozialistische Betriebsorganisation (NSBO) lediglich einen Sitz. Der DMV stellte sechs, die Liste der „roten Einheitsfront“ fünf Mitglieder. Die Wahl wurde sofort annulliert, die linken Mitglieder des Rats noch im selben Monat verhaftet (Ehrmann 1998: 154).

Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter wurden unter den Nationalsozialisten vielfach zu langjähriger Gefängnis- und KZ-Haft oder zum Tode verurteilt.³ Bei Daimler wurde ein „betriebliches Überwachungssystem“ etabliert, „das das Wechselverhältnis von Furcht und Terror enorm verstärkte“ (Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte 1988: 149-150). „Politisch unzuverlässige“ Arbeiter wurden durch arbeitslose Mitglieder der SA oder der NSBO ausgetauscht, so dass schließlich ein gutes Fünftel der Belegschaften in Sindelfingen und Untertürkheim einer der NS-Organisationen angehörte (Bergmann 2007: 105-107). Die folgenreiche Zerschlagung und Atomisierung der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland und die physische Vernichtung eines Großteils ihrer Aktivisten im Faschismus

¹ Der Versuch der KPD, eine eigene Gewerkschaftsorganisation aufzubauen, scheiterte. Die RGO kam nicht über 260.000 Mitglieder hinaus (Kühnl 1993: 226).

² Die von Funktionären der Rechtsopposition in der KPD (der späteren KPO) dominierte DMV-Ortsverwaltung in Stuttgart sprach sich gegen die RGO-Politik und für die Formierung einer „Einheitsfront“ aus Sozialdemokraten und Kommunisten aus (Thieme 2004: 235-236, Bergmann 2007: 73). Nach 1945 waren die Erfahrungen mit der gewerkschaftlichen Spaltung in der Weimarer Republik ein zentrales Argument für die Bildung einer Einheitsgewerkschaft.

³ Eine Übersicht über Urteile gegen Stuttgarter Metallarbeiter findet sich in Bergmann 2007: 108-109

sollte bei Diskussionen über die bundesdeutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stets mitgedacht werden.⁴

Unmittelbar nach Kriegsende war die KPD in vielen Betrieben der Stuttgarter Region zunächst dominant. Bei Daimler stellte sie 1945 zwölf von 17 Betriebsratsmitgliedern (Hoss/Mühleisen 1979: 10). Dann schwenkte die KPD jedoch erneut auf eine RGO-Politik ein, indem sie auf ihrem Parteitag 1951 das Primat der Partei gegenüber dem gewerkschaftlichen Handeln betonte („These 37“) und sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären vorwarf, „Agenten im Auftrag und im Interesse des amerikanischen Imperialismus“ zu sein (Bergmann 2007: 133). Die KPD-Mitglieder in den Gewerkschaften wurden vor die Wahl gestellt, sich in einem Revers von der „These 37“ zu distanzieren oder ausgeschlossen zu werden. Da die KPD ihrerseits Mitglieder ausschloss, die das Revers unterschrieben, verlor die Partei binnen kurzer Zeit einen Großteil ihrer betrieblichen Basis. Entsprechend kritisch bilanzierte später Eugen Eberle, ehemals Betriebsratsvorsitzender bei Bosch und Mitglied des IG-Metall-Hauptvorstands: „Letztlich lässt sich ein Fazit ziehen: Die falsche Gewerkschaftspolitik der KPD führte dazu, dass wesentliche Bastionen im Arbeitnehmerlager an kompromissbereite und ‚friedenspflichtige‘ Betriebsräte verloren gingen. Die antikommunistische Hetze der 50er Jahre tat ihr Übriges.“ (Fichter/Eberle 1974: 190-191).

Die Folgen dieser Politik wurden bereits bei den Betriebsratswahlen 1953 deutlich, als die KPD mit drei Sitzen nicht mehr Unterstützung erhielt als die CDU. 1961 hatte die Partei im Daimler-Werk Untertürkheim, eine einstige Hochburg, nur noch acht Mitglieder, die sich alle zwei Monate trafen (Bergmann 2007: 134). Die Zeitschrift *Arbeiterpolitik* (Oktober 1972: 22) schrieb rückblickend, Daimler-Untertürkheim sei als größter Industriebetrieb Baden-Württembergs „seit Jahren ein Musterbetrieb für die IGM gewesen. Die Kollegen zu 90 Prozent organisiert, der Betriebsrat und der Vertrauensleutekörper in fester sozialdemokratischer Hand, der BR-Vorsitzende als Interessenvertreter der Belegschaft im baden-württembergischen Landtag und im Aufsichtsrat, Kommunisten kaum vertreten und ohne jeglichen Einfluss und Rückhalt in der Belegschaft“.

⁴ Bergmann (2007: 175) schrieb über die Situation nach 1945: „Die Arbeiterbewegung war enorm zurückgeworfen. Die Kontinuität der Generationen, die bis 1933 durch die Bildungsarbeit der überparteilichen proletarischen Kulturorganisationen gesichert wurde, war unterbrochen.“

Die linke und kämpferische Tradition des Untertürkheimer Daimler-Werks schien gebrochen. In den 1960er Jahren beteiligte sich die Belegschaft zwar an den Tarifrunden, führte aber sonst keine nennenswerten betrieblichen Auseinandersetzungen. Der IG-Metall-Vertrauensleute kamen nur sehr selten zusammen und agierten nicht unabhängig vom Betriebsrat, der wiederum auf sehr weitgehende Kooperation mit dem Management setzte. Doch ganz abgerissen war der historische Faden linker Betriebsaktivität bei Daimler-Untertürkheim nicht. Ende der 1960er Jahre bildeten Mitglieder der verbotenen KPD, aus der SPD Ausgetretene sowie italienische Bandarbeiter eine Gruppe von Kritikern der Betriebsratsspitze, die zunächst versuchte, die Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Vertrauenskörpers zu ändern:

„Über die erste Zeit dieser Entwicklung bis ungefähr 1967 liegen keine schriftlichen Äußerungen der Gruppe vor, weil wir damals noch der Meinung waren, unter den gegebenen Umständen sei es möglich, die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb über den Vertrauensleutkörper ändern zu können. Wir glaubten ferner, dass die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gremien und der Gewerkschaft abzuklären seien und unter keinen Umständen in der betrieblichen Öffentlichkeit“ (Hoss/Mühleisen 1979: 14-15).

Später änderte die Gruppe ihre Einstellung zur Frage der Öffentlichkeit und begann im Juli 1969 zunächst unregelmäßig, aber 1972 monatlich mit der Herausgabe ihrer Betriebszeitung *Plakat*. Willi Hoss (2004: 73), führender Kopf der fortan nach ihrer Zeitung benannten Gruppe, erklärte: „Unsere grundsätzliche Entscheidung kam aus der Einsicht, nur wenn die Basis informiert wird und sich bewegt, gibt es eine Chance, etwas zu verändern. [...] Wir haben alle Ebenen der Öffentlichkeitsarbeit genutzt und das hat uns weitergebracht.“

Neben der Kritik an der kompromissorientierten Betriebsratspolitik stand dabei die Forderung nach einer Demokratisierung der Kandidatenaufstellung zur Betriebsratswahl im Mittelpunkt. Im Vorfeld der Wahl von 1968 legte die Gruppe dem Vertrauenskörper (VK) einen von 233 Beschäftigten unterschriebenen Vorschlag vor, der unter anderem die Bestimmung der IG-Metall-Betriebsratskandidaten durch Vorwahlen in den Bereichen beinhaltete. Als der VK das Anliegen ignorierte, kündigte die Gruppe an, eine Liste „Mitglieder der IG Metall“ einzureichen. Nach Gesprächen mit der IG-Metall-Bezirksleitung und der Betriebsratsspitze, die die Forderungen als Arbeitsgrundlage für weitere Gespräche akzeptierten, zogen die linken Kritiker ihre Liste zurück. Dennoch wurde ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens eröffnet, das mit einer Rüge endete (Hoss/Mühleisen 1979: 19-25).

Statt einer Öffnung der Listenaufstellung geschah das Gegenteil: Die VK-Leitung verabschiedete eine neue Wahlordnung, der zufolge das Vorschlagsrecht der einfachen Mitglieder abgeschafft wurde und Kandidaten vom VK mit absoluter Mehrheit bestätigt werden mussten, was die Kandidatur sämtlicher Kritiker verhinderte (Hoss/Mühleisen 1979: 27, 30). Daraufhin traten diese 1972 tatsächlich mit einer eigenen Liste an, die auf Anhieb fast 28 Prozent erhielt. Das hätte für 8 von 30 Sitzen gereicht. Da aber nur drei Kandidaten auf der Liste waren, fielen fünf Mandate an die Mehrheitsfraktion zurück (Hoss/Mühleisen 1979: 34, Bergmann 2007: 225).

Eine wichtige Rolle bei dem spektakulären Wahlerfolg der neukonstituierten Linksopposition spielten ausländische Beschäftigte, die 40 Prozent der Gesamtbelegschaft und 70 Prozent der Bandarbeiter stellten. Dennoch war nur einer von 30 Betriebsräten ausländischer Herkunft (Hoss 2004: 76). Der Italiener Mario d'Andrea (1979: 41), einer der drei Oppositionskandidaten, schrieb über die Strategien des Daimler-Managements:

„Die Firma entwickelte ihre eigene Strategie, um aus uns Bandarbeitern die doppelte Produktion herauszuholen, und erstickte Solidaritätsaktionen bereits im Keime mit repressions- und Disziplinarmaßnahmen. Nur selten arbeiteten bei uns zwei gleicher Nationalität nebeneinander, wir wurden am Band so eingeteilt, dass die Nationalität von einem zum anderen wechselte. Keiner durfte sich von seinem Arbeitsplatz entfernen, man durfte nicht mit seinem Nachbarn sprechen (...).“

Die Plakat-Gruppe artikuliert die von der Betriebsratsmehrheit ignorierten Belange der ausländischen Bandarbeiter – insbesondere ihre schlechten Arbeitsbedingungen –, was in erheblichem Maß zu ihren Wahlerfolgen beitrug.

Die IG Metall reagierte auf die Kandidatur 1972 mit Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens. Zwei der Kandidaten wurden ausgeschlossen, einer erhielt Funktionsverbot (Rotbuch 1978: 56). Auch im Betriebsrat wurden sie ausgegrenzt und von Informationen abgeschnitten, was aber nicht ihre Isolation innerhalb der Belegschaft nach sich zog:

„Wir waren weder im Betriebsausschuss, der die Verhandlungen mit der Werkleitung führt, noch im Personal- und Lohnausschuss vertreten. Deshalb hatten wir mehr Zeit, uns um die Belange der Kollegen in den Abteilungen zu kümmern: Personal, Akkord, Lohn, Krankheit und Urlaub. Denn als Betriebsräte hatten wir das Recht, bei einem vorliegenden Grund, auf Anfrage und nach Bedarf, in jede Abteilung zu gehen. Wir versuchten, immer an die Wurzel der Beschwerden und Probleme zu kommen und waren deshalb keineswegs isoliert. Die 1975 anstehenden Betriebsratswahlen konnten für uns im Ergebnis nur noch besser werden“ (Hoss 2004: 93).

Doch 1975 bekam Plakat lediglich 18,7 Prozent der Stimmen – gegenüber der vorangegangenen Wahl ein Minus von fast zehn Prozentpunkten. Drei Jahre später kam es

zum Eklat: Nachweislich wurden 1.310 Stimmen zugunsten der IG Metall gefälscht. Die Gewerkschaft stellte Strafanzeige gegen Unbekannt, der Betriebsratsvorsitzende und sein Stellvertreter mussten ihre Posten abgeben. „Jetzt erst hatte die IG Metall gelernt, und die alte Garde wurde abgelöst. Die neue Liste, die aufgestellt wurde, war ganz demokratisch das Ergebnis von Urwahlen in den Hallen“ (Hoss 2004: 96). Obwohl die IG Metall ihren Bezirksleiter Franz Steinkühler auf der entscheidenden Betriebsversammlung als Redner aufbot, erreichte Plakat mit 5.000 oder 39,2 Prozent der Stimmen einen sensationellen Erfolg und stellte im Betriebsrat fortan 12 der insgesamt 29 Arbeitermandate (Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1978/1979: 96-99, Sackstetter 1979: 98-105).

Inhaltlicher Schwerpunkt der Plakat-Gruppe blieb die Thematisierung schlechter Arbeitsbedingungen. Sie formulierte frühzeitig die Forderung nach bezahlten Erholpausen für Bandarbeiter, die später von der IG Metall aufgegriffen und im Streik von 1973 durchgesetzt wurde (Hoss/Mühleisen 1979: 15-18, Hoss 2004: 78-79, 111). Auch zu weitergehenden gesellschaftlichen Fragen nahm die Gruppe Stellung – inklusive einer kritischen Hinterfragung des in der Automobilindustrie gefertigten Produkts (Bergmann 2007: 227-228). In gewissem Unterschied zur allgemeinpolitisch aktiveren GoG bei Opel Bochum fokussierte Plakat aber stets auf konkrete betriebliche Auseinandersetzungen. Zugleich versuchte sie, ihre Arbeit mit denen der vielen anderen linksoppositionellen Gruppen in dieser Zeit zu koordinieren (Hoss 2004: 104-105).

Wie die gesamte Linke geriet auch Plakat ab Mitte der 1980er Jahre in eine Orientierungskrise. Auch aufgrund interner Differenzen konnte sie „ihre Rolle als dynamische, vorwärtstreibende, kämpferische, agile Oppositionsgruppe nicht mehr ausfüllen“ (Bergmann 2007: 229). Andererseits begann in der IG Metall ein Öffnungsprozess. Beides führte dazu, dass innerhalb von Plakat eine Debatte über eine mögliche Reintegration in die IG Metall begann. Bis zuletzt stand dem die Frage eigenständiger Öffentlichkeitsarbeit entgegen: Die Gewerkschaftsspitze verlangte ultimativ, dass „demokratisch zustande gekommene Mehrheitsentscheidungen außerhalb der gewerkschaftlichen Gremien nicht kritisiert werden dürfen“ (Hoss 2004: 99). Mit dem Versprechen, die betrieblichen Gewerkschaftspublikationen für Kontroversen und Minderheitspositionen zu öffnen, akzeptierte die Gruppe die Bedingung schließlich. Die Veröffentlichung von Plakat wurde eingestellt, die Aktivisten Ende der 1980er in normalen, zuvor abgesprochenen

Antragsverfahren wieder in die Gewerkschaft aufgenommen (Bergmann 2007: 229, Hoss 2004: 101). Plakat-Mitbegründer Willi Hoss (2004: 98) bilanzierte beim IG-Metall-Gewerkschaftstag 1989:

„Die Konfliktlösung bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim zwischen der Plakat-Gruppe und den beteiligten Kollegen der Organisation im Betrieb und der Stuttgarter Ortsverwaltung ist möglich geworden, weil die IG Metall ihren Anspruch nach Öffnung und größerer Toleranz eingelöst hat – aber auch, weil wir Plakat-Leute in all den Jahren nie vergessen und immer anerkannt haben, dass die bedeutenden gesellschaftlichen Aufgaben nur mit einer wirkungsvollen, starken Organisation, wie es die IG Metall ist, zu lösen sind.“

Weniger positiv fällt das Fazit eines anderen Aktivisten aus, der später am Aufbau der Oppositionsgruppe Alternative beteiligt sein sollte:

„Als 1988 die Ortsverwaltung bereit war, unter bestimmten vereinbarten Bedingungen die ausgeschlossenen Plakat-Kollegen wieder in ihre Reihen aufzunehmen, entschied die Mehrheit der Gruppe widerwillig, in Ermangelung anderer überzeugender Perspektiven, diesen Weg mitzugehen. Der Preis, der dafür bezahlt wurde, war hoch. [...] Etliche Kollegen, die die Oppositionsarbeit aktiv mitgetragen hatten, zogen sich zurück [...]. Ein Teil der früheren Plakat-Betriebsräte begann, sich in der Betriebsratsarbeit ohne weitere politische Perspektiven einzurichten. Nur noch wenige sahen und ergriffen die Chance, in *und trotz* der Integration in die IG Metall das kämpferische, antikapitalistische Profil zu schärfen und neue Kräfte zu sammeln. Die Gruppe zerfiel“ (Bergmann 2007: 229).

Die der Entstehung von Plakat in den 1970er Jahren zugrunde liegenden Differenzen – vor allem über einen konfliktorientierten versus kooperativen Umgang mit dem Management sowie das Demokratieverständnis und die Rolle betriebsöffentlicher Kontroversen – sollten bei der Rekonstituierung der Linksopposition um die Jahrhundertwende erneut von Bedeutung sein.